

begleitet vom Hinweis, Kirche und Glaube seien eine der stärksten Kräfte im Widerspruch, ja Widerstand gegen den Nationalsozialismus gewesen, „in mancher Hinsicht sogar die stärkste“. Wir seien, so die Bischöfe weiter, nicht befugt, im nachhinein pauschal darüber zu urteilen, „wann Berufung zum Zeugnis dem einzelnen einen direkten Weg der offenen Konfrontation gebot, wann Verantwortung für andere einen indirekten Weg der überlegten Vorsicht erforderte“.

### Ein katholischer Briefwechsel

Die Bischöfe beließen es nicht bei dieser kurzen Erklärung, sondern veröffentlichten ergänzend einen Briefwechsel zwischen Kardinal *Joseph Höffner* und dem Historiker *Konrad Repgen*, dem Vorsitzenden der (katholischen) Kommission für Zeitgeschichte, die mit ihren Publikationen Erhebliches zur wissenschaftlichen Erforschung der Haltung der katholischen Kirche im Dritten Reich beigetragen hat (vgl. den Forschungsbericht in HK, März 1980, 138–144). Warum man für das von Repgen erbetene Gutachten die für solche Zwecke eher unübliche Form eines Briefwechsels wählte, will nicht recht einleuchten. Dagegen lassen sich für die Arbeitsteilung – hier bischöfliche Erklärung, dort historisches Gutachten – durchaus gute Gründe nennen: Der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat *Josef Homeyer*, wies bei der Pressekonzferenz zur Vorstellung der Erklärung darauf hin, daß es nicht Aufgabe der Bischöfe sei, den derzeitigen Forschungsstand darzulegen und mögliche unterschiedliche Aussagen der Fachhistoriker zu bewerten.

Der Brief Repgens behandelt die für das Verhältnis von Katholizismus und NS-Staat entscheidenden Ereignisse und Entwicklungen des Jahres 1933 (Ende des politischen Katholizismus, Tolerierungserlaß der Bischöfe vom 28. März, Abschluß des Reichskonkordats) und erinnert an die Verfolgungen und Pressionen des nationalsozialistischen Kirchenkampfes. Repgen plädiert für eine *differenzierte Betrachtung* und für eine unvoreinge-

nommene Erforschung der Geschichte der Kirche im Dritten Reich, die dazu verhelfen sollen, pauschaler Polemik und Apologetik entgegenzutreten. Damit verbindet er den *Vorwurf*, „wichtige Teile der Massenmedien“ würden sich gegen die Anerkennung korrekt ermittelter und begründeter Aussagen, die für die Kirchenführung entlastend seien, sperren; dagegen würden Aussagen, die nach heutigen Maßstäben für Kirchenführung und Kirche belastend wirkten, gern vergrößert und einseitig herausgestellt.

Die Vorwürfe Repgens an Teile der Massenmedien haben zweifellos ein Fundamentum in re. Sind allerdings gleichzeitig ein Beleg für den letztlich doch *zu apologetischen Ton*, auf den sein Brief bei aller Differenzierung gestimmt ist. Zwar wird ausdrücklich festgehalten: „In dieser Zeit der Verfolgung hat es selbstverständlich auch Schwächen gegeben, auch Fehler, auch Versagen in der Kirche – unten wie oben.“ Man hätte sich aber gewünscht, diese allgemeine Feststellung wäre gerade bei der Darstellung der Ereignisse von 1933 stärker zum Zuge gekommen. In dem Brief ist von Fehlern und Schwächen auf kirchlicher Seite nur recht vorsichtig die Rede; es schlägt deutlicher das Bestreben durch, das Verhalten der Kirche aus der Situation heraus verständlich zu machen und damit auch möglichst zu rechtfertigen. In diesem Zusammen-

hang wäre auch zu fragen, ob es sinnvoll war, in einem solchen Gutachten die Problematik des Antisemitismus und der nationalsozialistischen Maßnahmen gegen Juden auszuklammern, wie es Repgen tut.

### Warum immer noch apologetisch?

Natürlich ist es das gute Recht der Zeitgeschichtsforschung, „Mythenbildungen der Gegenwart“ entgegenzutreten, wie es Repgen fordert. Es ist auch Recht und Aufgabe der Kirche, gestützt auf die Ergebnisse seriöser historischer Arbeit, einseitige Vorwürfe zu ihrer Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Herrschaft zurückzuweisen und auf die vielfältigen Formen von Selbstbehauptung, Protest und Widerstand zu verweisen. Gerade weil in einer nüchternen Bilanz viele für den deutschen Katholizismus durchaus positive Posten auftauchen, sind aber *apologetische* Tendenzen in der Kirche auch auf diesem Feld eigentlich unnötig, sollten auch letzte Reste von Verdrängung und falscher Selbstrechtfertigung überwunden werden. Damit läßt sich auch am ehesten vermeiden, daß anhand der Diskussion über Kirche und Drittes Reich immer wieder Stellvertreterkriege geführt werden, die von den gegenwärtigen Herausforderungen für die Kirche letztlich ablenken.

U. R.

## Schweiz: ökumenische Orientierungshilfe

Die Evangelisch-römisch-katholische und die Christkatholisch-römisch-katholische Gesprächskommission der Schweiz veröffentlichten auf die diesjährige Gebetswoche für die Einheit der Christen hin unter dem Titel „Ökumene in der Schweiz“ eine *„Orientierungshilfe für die ökumenische Arbeit in den Gemeinden“*. Diese mit Zustimmung des Vorstandes des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, der Schweizer (römisch-katholischen) Bischofskonferenz sowie des Bischofs und des Synodalrats der Christkatholischen Kirche der

Schweiz veröffentlichte Handreichung „soll den Verantwortlichen in Pfarreien und Kirchgemeinden vor Augen führen, wie ökumenisches Verhalten und Tun in den verschiedenen Bereichen des täglichen Dienstes aussehen kann und realisiert werden sollte“ (Vorwort).

### Gegen ökumenischen Provinzialismus

Die *Absicht* dieser „Orientierungshilfe“ wird im Zusammenhang und auf dem Hintergrund der bisherigen Ar-

beiten der Gesprächskommissionen deutlich.

Diese befaßten sich zunächst mit dem *Mischehenproblem* und den ökumenischen Gottesdiensten, so daß die drei Kirchenleitungen eine „Gemeinsame Erklärung zur Mischehenfrage“ (1967) und „Richtlinien und Empfehlungen für das gemeinsame Beten und Handeln der Kirchen in der Schweiz“ (1970) herausgeben konnten. Darauf erarbeiteten die Kommissionen einen *Vorschlag zur gegenseitigen Anerkennung der Taufe* und ein Studiendokument zum Taufverständnis und zur Taufpraxis, so daß 1973 die Übereinkunft „Gegenseitige Anerkennung der Taufe“ von den drei Kirchenleitungen unterzeichnet und das Studiendokument als Begleittext veröffentlicht werden konnte. Nach der Veröffentlichung des Arbeitsdokumentes der Gesprächskommissionen „Für ein gemeinsames eucharistisches Zeugnis der Kirchen“ (1973) arbeitet vor allem die Evangelisch-römisch-katholische Gesprächskommission an einem Studiendokument über „*Das Amt der Kirche und die kirchlichen Ämter*“, das noch dieses Jahr den Kirchenbehörden vorgelegt werden soll. Eine zwischenzeitlich vorgenommene Überarbeitung der Richtlinien und Empfehlungen für das gemeinsame Beten erbrachte das von den Kirchenleitungen herausgegebene Dokument „*Der Ökumenische Gottesdienst. Grundsätze und Modelle*“ (1979).

Im Verlauf dieser Arbeiten wurde den Kommissionen aber zunehmend diese *Gefahr* bewußt, und eine Umfrage unter Priestern und Pfarrern des ganzen Landes brachte sie klar zutage: „Daß nämlich“, wie *Hanno Helbling* bei der Vorstellung der Orientierungshilfe als eines der (reformierten) Kommissionsmitglieder feststellte, „Ökumene“ als Sache eines interessierten Personenkreises verstanden wurde, dem es um ‚Interkommunion‘ oder um einen bikonfessionellen Trauritus oder um sonst eine Lösung, vielleicht auch nur Scheinlösung eines situationsbedingten Problems zu tun ist. ‚Ökumene‘ somit auch als eine Sache, die man eigentlich vergessen kann, wenn solche besonderen Probleme im

näheren Umkreis nicht auftauchen oder durch eine entsprechende disziplinäre Regelung überwunden werden. Und ‚Ökumene‘ schließlich als eine Bewegung, die nicht vom Fleck kommt, wenn sich bestimmte Wünsche als unerfüllbar erweisen, und die ‚stagniert‘, sowie diese Wünsche erfüllt sind.“

Nach *Helbling* liegt demnach die Gefahr für den Fortgang der Ökumene „nicht nur in der Konzentration auf Einzelprobleme und in deren Überbewertung“, sondern, allgemeiner gesprochen, „im Provinzialismus unserer Kirchen“. Daher sei es einer der Hauptzwecke der „Orientierungshilfe“, „den größeren Zusammenhang vor Augen zu führen: sowohl den Zusammenhang der ökumenischen Fragen und Themen untereinander als auch den Zusammenhang zwischen Gemeinde und weltweiter Glaubensgemeinschaft – ein Zusammenhang, der es nicht erlaubt, die Beziehungen zwischen den Kirchen außer acht zu lassen, nur weil über diese Beziehungen nicht an Ort und Stelle entschieden wird, oder nicht sichtbar entschieden wird“.

### Ökumene als Einheit im Vollzug

Gegen einen solchen Provinzialismus plädiert die „Orientierungshilfe“ für eine ständige und stete „Ökumene“, die es zu realisieren gilt, wo sich eine Gemeinde ausdrücklich auf den Kontakt und die Zusammenarbeit mit einer anderen Kirche einläßt und einrichtet. Diese Ökumene muß aber auch dort verwirklicht werden, wo eine Gemeinde sich ihren Weg allein suchen und darauf achten muß, daß es trotzdem ein Weg gesamtchristlicher Übereinkunft ist.

Was aber „gesamtchristliche Übereinkunft“ näherhin bedeutet, dies läßt die „Orientierungshilfe“ ungeklärt. So räumte bei der gleichen Gelegenheit der Pressekonferenz das (katholische) Kommissionsmitglied Prof. *Kurt Stalder* denn auch ein, man könne „erstaunt sein darüber oder es gar lächerlich finden, daß unsere Kirchen aufgrund von Vorarbeiten bestausgewiesener Gremien eine 68seitige Ori-

entierungshilfe für die ökumenische Arbeit, also für die Arbeit zur Wiederherstellung der Einheit der Kirchen herausgeben, aber *nirgends sagen, was sie mit Einheit meinen*, wie das Ziel aussehen soll, für das zu arbeiten sie uns alle auffordert“.

Die praktischen Vorschläge der „Orientierungshilfe“ gehen aber trotzdem nicht einfach pragmatisch vor. Ihnen liegt ein Einheitsverständnis zugrunde, das Einheit nicht im Begriff, sondern *im Vollzug* sucht. Denn „Menschwerdung, Tod und Erhöhung Jesu Christi sind geschehen, um uns zu versöhnen, und das heißt: um uns mit Gott und den Menschen zu Gemeinschaften zu vereinen, in denen man diese Versöhnungseinheit praktizieren und erfahren kann. Kirche und Einheit ist etwas, das man nur erfährt, *indem man das Entsprechende tut*. Es muß deutlich werden, daß es sich bei der Einheit der Kirche um einen Bereich handelt, auf dem die Wirklichkeit der Versöhnung mitten in unserer Welt sichtbar werden will. Wollen wir, daß dies deutlich wird, muß alles zur Sprache kommen, was dem heutigen Menschen am christlichen Glauben als unreal erscheint oder dessen Realität ihm nicht sichtbar und spürbar ist, also vor allem die Frage, was wir mit dem Wort ‚Gott‘ meinen und wo und wie wir ihm begegnen, oder wo und wie wir in der täglichen Erfahrung dem begegnen, was das Glaubensbekenntnis meint.“

Für solche Gespräche bringt die „Orientierungshilfe“ zahlreiche konkrete Informationen und Ratschläge, beispielsweise in den Abschnitten über „Ökumenische Gespräche“ oder „Erwachsenenbildung“. Von ihrem Ansatz her versteht es sich, daß solche Gespräche nicht als Gespräche mit Fachleuten oder unter Anleitung von Fachleuten sein dürfen. Denn es ist nach *Stalder* wichtig, „daß nicht irgendein Fachmann Lösungen für diese Fragen vorträgt, die man dann diskutiert. Die Gemeindeglieder, die sogenannten Laien verschiedener Kirchen – selbstverständlich auch einzelner Gemeinden unter sich –, müssen das in gesprächsweiser Auseinandersetzung mit Bibel und Bekenntnis sel-

ber finden. Was nicht selber gefunden ist, hat keinen vollen Bekenntniswert. Wir, und das heißt wir alle, kirchliche Amtsträger und Laien, müssen und können so den Glauben und seine Sprache zurückgewinnen. Es versteht sich von selbst, daß dies auf eine ganz bestimmte, sachgemäße Weise in Gang gesetzt werden muß, sonst gelingt es nicht.“ Deshalb bietet die „Orientierungshilfe“ auch Hinweise auf sachgerechte Gesprächswege. „Auf solchen Gesprächswegen kann dann aber auch neu entdeckt werden, was Kirche ist, worum es in der Frage um die Einheit geht und was wir um so mehr suchen müssen, je mehr wir entdeckt haben, was uns schon gegeben ist.“

### Die Gemeinde als Ort der Ökumene

Damit ist der einzelne aufgefordert, seine und seines Gesprächspartners Erfahrung ernst zu nehmen und ihr zu vertrauen. Der „Orientierungshilfe“ ist aber daran gelegen, darüber hinaus und vor allem die besondere Bedeutung der Gemeinde für die ökumenische Bewegung herauszustellen. Denn „in der Gemeinde, besonders in ihrem Gottesdienst, erfährt sich der Christ als Glied der Kirche, die seinen persönlichen und persönlich gefärbten Rahmen einer Kleingruppe übersteigt. Ohne den überschaubaren Rahmen seiner geistlichen Heimat preisgeben zu müssen, ist er als Gemeindeglied zugleich Glied der universalen Kirche. Als Glied einer bestimmten Gemeinde erfährt der Christ aber auch unmittelbar die Spaltung der Kirche. Auf dieser Ebene muß er daher auch die Momente der Trennung als Zeichen sündiger Zerrissenheit erkennen und sich zum Einsatz für deren Überwindung verpflichtet wissen“ (S. 13.). Die Zugehörigkeit zur universalen Kirche verknüpft dabei zum einen die lokale mit der regionalen, nationalen und internationalen Ebene: „Um die Spaltungen der Kirche zu überwinden, bedarf es verschiedenartiger Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen. Menschliches Verstehen, Glaubenszeugnis, theologische Forschung und Entscheidung der Kirchenleitungen

sind notwendig“ (ebd.). Zum andern wird durch diese Zugehörigkeit die „Ökumene“ zu einem *von den konkreten konfessionellen Gegebenheiten unabhängigen Anliegen*, muß sie auch dort eine Rolle spielen, „wo keine oder nur wenige ‚Andersgläubige‘ wohnen“ (ebd.).

Auf dem Hintergrund dieser Voraussetzungen werden in der „Orientierungshilfe“ konkrete Informationen geboten und mögliche und wünschbare Wege ökumenischen Verhaltens und Tuns aufgezeigt für die Bereiche: 1. Ökumenischer Aufbau der Gemeinden, 2. Ökumenische Kontakte, 3. Gemeinsamer Gottesdienst, 4. Einheit in der Verkündigung, 5. Missionarisches Zeugnis, 6. Besondere Dienste der Kirche, 7. Diakonie.

Erwartungsgemäß wird vor allem im Abschnitt über die „Ökumenischen Eucharistiefiern“ deutlich, wie die „Orientierungshilfe“ keinen spektakulären ökumenischen Vorstoß unternehmen,

sondern aufgrund der tatsächlichen Gemeinsamkeit und der gegebenen Möglichkeiten praktikable Anregungen für den unspektakulären Alltag vermitteln will. Denn bei aller Anerkennung des Wunsches nach einer ökumenischen Eucharistiefier gibt sie zu bedenken, „ob die in den eucharistischen Liturgien der verschiedenen Kirchen zur Geltung kommende Einheit bei solchen Versuchen nicht geradezu verdunkelt und eigentlich eher die Gespaltenheit der Kirche hervorgehoben wird“ (S. 33). Dieses Bedenken haben die Gesprächskommissionen nicht nur deshalb ausgesprochen, weil die Veröffentlichung ihrer „Orientierungshilfe“ von den Kirchenbehörden abhängig war, sondern vor allem weil sie den Christen aufzeigen soll, daß der Fortschritt der „Ökumene“ nicht davon abhängig sein muß, daß Wünsche aus lehrmäßigen Gründen vorläufig unerfüllbar sind.

R. W.-Sp.

## Frankreich: Schulstreit von gestern

Auch ein „Streit von gestern“ (Kardinal *Jean-Marie Lustiger* im „Spiegel“ vom 31. 1. 83) kann heute hohe Wellen schlagen. Der französische Streit um die privaten, d. h. in der Mehrzahl katholischen Schulen (vgl. HK, Oktober 1982, 480–484) ist in eine neue Phase getreten: Nach 18 Monaten Beratungen und einer langen Phase der Ungewißheit machte Erziehungsminister *Alain Savary* am 20. Dezember 1982 Vorschläge zur Reform des französischen Schulwesens (vgl. *Le Monde*, 21. 12. 82).

### Was will die Regierung?

Ziel der Regierung ist sowohl die Reform des öffentlichen Schulsystems als auch die Bereinigung des Verhältnisses zwischen privaten und öffentlichen Schulen. Die privaten Schulen sollen als „*Einrichtungen des öffentlichen Interesses*“, einer eigens dafür neu zu schaffenden juristischen Größe, *Teil des öffentlichen Schulsystems* werden, unbeschadet ihrer speziellen pädagogischen Zielsetzung. Der bisherige Zustand, daß Eltern und Schüler nur

bei privaten Schulen freie Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schulen haben, nicht jedoch bei öffentlichen Schulen, soll dahingehend geändert werden, daß man in Zukunft bei den öffentlichen Schulen mehr, bei den privaten weniger Wahlmöglichkeiten hat. Der Status des Lehrkörpers der privaten Schulen soll dem der öffentlichen angeglichen werden. Staatlichen Stellen soll ein Mitspracherecht bei Personalfragen eingeräumt werden. Bei der Eröffnung neuer Klassen und der dazu erforderlichen Zuweisung weiterer finanzieller Mittel soll mehr Koordination zwischen den heutigen privaten und öffentlichen Schulen stattfinden.

Als die Pläne der Regierung bekannt wurden, war die Erregung groß. Die einen reagierten mit empörten Protesten. Sie sahen in Savarys Vorschlägen eine Kriegserklärung an die Privatschulen überhaupt. Anderen aber gingen die Vorschläge nicht einmal weit genug. Sie sahen vor allem die weltanschauliche Neutralität des französischen Staates nicht ausreichend gewährleistet. Zusätzlich verschärft